

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

März 2006



Die Heuschrecken mit dem Kennzeichen D

Einen deutschen Pass haben die „Heuschrecken“ noch nicht. Aber einige Schwärme der vagabundierenden Vielfraße scheinen, nur für wirklich durchblickende Beobachter erkennbar, das Kennzeichen „D“ zu tragen. Sozialdemokratische Politiker – durchaus der höheren Ränge – haben es in diesen Wochen der Landtagswahlkämpfe für nötig befunden, renditeorientierte und kostenbewusste deutsche Unternehmen auf eine besondere „patriotische Verantwortung“ zu verpflichten.

Arbeitsbeschaffung als vaterländisches Projekt in der Zuständigkeit von Unternehmern und Unternehmen? Das hätte nun gerade noch gefehlt. Wie sollten Unternehmen eine national definierte Verantwortung für Beschäftigung und Renten tragen können, wenn sie dadurch in die Pflicht gerieten, sich gegen das Kosten- und Preisgefälle des internationalen Wettbewerbs zu stemmen? Ein Unternehmen, das es versäumt, auf Konkurrenzdruck auch mit der Überprüfung seiner Fertigungskosten und Fertigungsmethoden zu reagieren, könnte recht bald nicht einmal mehr für eine kleinere Belegschaft Beschäftigung bieten. Es müsste Konkurs anmelden. Gewiss hat Deutschland immer noch einige gute Standorteigenschaften vorzuweisen: gut ausgebildete Arbeitnehmer, eine passable Infrastruktur und eine aufs Ganze gesehen rasch und zuverlässig arbeitende Verwaltung. Darauf darf zählen, wer in Deutschland einen Betrieb führt. Aber daraus kann keine Verpflichtung zur Bodenständigkeit gegen die Signale des internationalen Preis- und Kostengefüges hergeleitet werden.

Unternehmerischer Erfolg, der auch die Beschäftigungschancen in einem Land maßgeblich bestimmt, hängt an der Freiheit der Unternehmen, auf Kosten- und Preisdifferenzen zu reagieren. Ludwig Erhard hat – in der Sozialstaatsdebatte der frühen Bundesrepublik Deutschland – dazu Beherzigenswertes gesagt. Das gilt auch heute noch.

Hans D. Barbier

Fehlinvestition

Das „Universal Mobile Telecommunications System“ – kurz: UMTS – ist ein Übertragungsverfahren für den Mobilfunk, das große Datenmengen schnell übermitteln kann. TV- oder Videofilme auf dem Handy anzuschauen ist mit Hilfe des UMTS-Verfahrens kein Problem. Doch gut zwei Jahre nach dem Start der Technologie hält sich einer Umfrage zufolge das Interesse bei den Mobilfunkkunden in Grenzen: Nur ein Drittel der deutschen Handynutzer weiß, was UMTS ist und welche Möglichkeiten es bietet. Ein Viertel der Befragten hat noch nie etwas von dieser Übertragungstechnik gehört. Rund 42 Prozent kennen den Begriff, wissen aber nicht, worum es sich handelt. Und lediglich etwas mehr als zwei Prozent der Befragten besitzen ein UMTS-Handy oder eine UMTS-Laptopkarte.

Die UMTS-Anbieter hatten vermutlich mehr Zuspruch erwartet. Immerhin waren sechs Mobilfunknetzbetreiber im Sommer 2000 bereit, UMTS-Lizenzen für rund 51 Milliarden € zu ersteigern – eine Investition, die sich bisher nicht ausgezahlt hat.

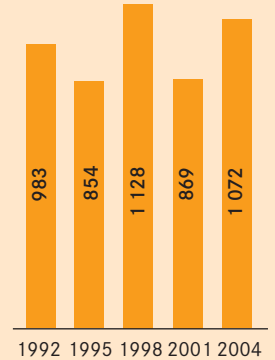
www.eplus-unternehmen.de/frame.asp?go=/presse/0/0_0/0_0.asp

Investition in Köpfe

Im Jahr 2004 investierten gut 84 Prozent der Unternehmen in die Weiterbildung ihrer Mit-

Weiterbildungskosten

Kosten für die Qualifikation pro Mitarbeiter in €



arbeiter. Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten waren in Sachen Qualifizierung sogar zu 92 Prozent aktiv.

Die Mitarbeiter in diesen Unternehmen verbrachten durchschnittlich knapp 65 Stunden damit, ihre Kenntnisse aufzufrischen oder zu erweitern. Seminargebühren, Referentenhonorare und Lernmaterialien sowie die Kosten der zum Lernen verwendeten Arbeitszeit summierten sich im Schnitt auf 1 072 € pro Mitarbeiter. Kleinere Firmen mit weniger als 50 Beschäftigten zahlten sogar 1 151 € pro Kopf für die Qualifizierung. Insgesamt gaben die Unternehmen rund 26,8 Milliarden € für die Weiterbildung aus.

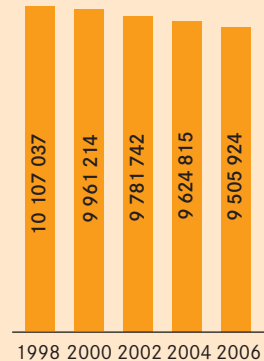
www.iwkoeln.de/data/pdf/content/trends01_06_2.pdf

Weniger Schüler

Das Statistische Bundesamt hat nachgezählt: Im laufenden

Schulbesuch

Schüler an allgemein bildenden Schulen



Quelle: Kultusministerkonferenz

Schuljahr besuchen rund 9,5 Millionen Schülerinnen und Schüler die allgemein bildenden Schulen in Deutschland. Das sind 118 900 weniger als im Vorjahr. Die Gymnasien können dabei eine Steigerung der Schülerzahlen verzeichnen. Dagegen gibt es weniger Haupt-, Real- und Gesamtschüler.

Der seit 1998 anhaltende Rückgang der Schülerzahlen wird sich voraussichtlich fortsetzen. In den neuen Bundesländern sind die Schülerzahlen mit 83 500 deutlich stärker gesunken als in den alten (35 400).

Ursache ist die unterschiedliche demographische Entwicklung. In Ostdeutschland gab es in der ersten Hälfte der neunziger Jahre einen deutlichen Geburtenrückgang. Seit Mitte der neunziger Jahre steigen die Geburtenzahlen langsam wieder. Für die alten Bundesländer vermerken die Statistiker dagegen seit 1998 einen andauernden, moderaten Geburtenrückgang.

www.destatis.de/presse/deutsch/pm2006/p0780071.htm

Interessenvertretung statt Einflussnahme

In nahezu jedem Politikbereich versuchen Interessengruppen, Einfluss zu nehmen. Sie halten die Vertretung ihrer Interessen für ihr gutes Recht. Durch ihre Einflussnahme schädigen sie aber oftmals andere.

Das englische Wort „Lobby“ bezeichnete ursprünglich die Eingangshalle des englischen Parlamentsgebäudes. Dort unterhielten sich die Abgeordneten mit Personen, die nicht in den Sitzungssaal durften. Heute ist mit „Lobby“ eine Interessengruppe gemeint.

Die Zahl der Lobbyisten in Deutschland steigt seit Jahren. Waren vor 30 Jahren rund 700 Verbände aktiv, sind zum Stichtag 22. Februar 2006 bereits 1 949 Verbände in die „Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertreter“ – kurz „Lobbyliste“ – eingetragen. Damit kommen auf jeden der 614 Bundestagsabgeordneten drei Lobby-Organisationen.

„Die Ablehnung der Gruppenanliegen beruht auf meiner Überzeugung, dass es unter wirtschafts- und auch staatspolitischen Gesichtspunkten für den Staat schlechterdings nicht möglich ist, nach einem punktierten Vorgehen da und dort etwas mehr oder etwas weniger an Gaben und Gnaden auszuverteilen. Bei einem derartigen Verfahren kommen der Staat und insbesondere der Wirtschaftsminister in eine fast unhaltbare Situation.“

Ludwig Erhard 1954

„Das, was die Organisationen für die ihnen angehörigen Personen an Meinung oder Willen zum Ausdruck bringen, stimmt mit den individuellen Vorstellungen der ‚Betroffenen‘ nur noch in einem übertragenen Sinne überein.“

Ludwig Erhard 1956

Lobbyisten tummeln sich in allen Bereichen

Die Bandbreite der Interessengruppen reicht dabei von der „A.A.K. – Arbeitsgemeinschaft Allergiekranke Kind“ über die bekannten Wirtschafts- und Sozialverbände bis hin zum „ZZF – Zentralverband Zoologischer Fachbetriebe Deutschlands“. Für die in die Lobbyliste eingetragenen Verbände regelt die Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages Anhörungsrechte und -prozeduren. Außerdem erhalten die Lobbyisten auf Fürsprache durch Parlamentarier Hausausweise und haben dadurch jederzeit Zugang zu den Bundesministerien und Parlamentseinrichtungen.

Noch eindrucksvoller sind die Zahlen auf EU-Ebene. Mit der Bedeutung der Entscheidungen auf europäischer Ebene wuchs auch die Anzahl der Lobbyisten. Die EU-Kommission hat vor fünf Jahren eine Schätzung durchgeführt und kam auf rund 10 000 Interessenvertreter in Brüssel; mitt-

lerweile geht man von mindestens 15 000 Lobbyisten aus.

Lobbyismus hat viele Facetten

Lobbyarbeit wird nicht nur von Verbänden betrieben. Auch Beratungsfirmen bieten Kontakthanbahnung zu Politikern an, und PR-Agenturen helfen ihren Klienten, Zugang zu politischen Entscheidungsträgern zu erhalten. Darüber hinaus sind viele größere Unternehmen ebenfalls mit Lobbyisten in Berlin vertreten. Fast alle Dax-30-Unternehmen unterhalten eigene Hauptstadtbüros. Einige legen Wert auf eine politiknahe, repräsentative Konzernniederlassung.

„Dieses Berücksichtigen von Sonderinteressen, das Nachgeben gegenüber einzelnen Forderungen bestimmter Wirtschaftskreise verbietet sich auch wegen der Interdependenz allen wirtschaftlichen Geschehens. Jede einzelne Maßnahme in der Volkswirtschaft hat Fernwirkungen auch in Bereichen, die von den Aktionen gar nicht betroffen werden sollen, ja, von denen niemand bei flüchtiger Beobachtung glauben möchte, dass sie von den Ausstrahlungen berührt werden.“

Ludwig Erhard 1957



„Die Summe der Einzelinteressen ergibt nicht das Gemeinwohl, sondern Chaos.“

Manfred Rommel

„Wenn die Interessenvertretungen ihre Existenzberechtigung dadurch nachweisen wollen, dass sie die Begehrlichkeit nur immer neu und mehr wecken, um damit ihre Daseinsberechtigung unter Beweis zu stellen, dann sind sie fehl am Platze – dann haben sie vom Sittlichen her ihre Aufgabe verfehlt.“

Ludwig Erhard 1960

Lobbyisten sehen in der Ministerialbürokratie und dem Regierungsapparat ihre Hauptansprechpartner. Sie halten Verbindung mit den zuständigen Fachabteilungen und -referaten, weil dort der Großteil der Gesetzesvorlagen entsteht. Fast ebenso bedeutsam ist der Kontakt zu den Medien.

Auch die Abgeordneten sind gesuchte Gesprächspartner. Lobbyisten und Politiker aus allen Parteien treffen sich auf „Parlamentarischen Abenden“ zum Meinungsaustausch ohne Umwege: Probleme und Wünsche sollen direkt mit den verantwortlichen Entscheidungsträgern der jeweiligen Bundestagsfraktionen besprochen werden.

Mehr Distanz zu Lobbyisten?

Manchem Politiker sind die Lobbyisten lästig. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat vor kurzem in einer Rede angekündigt, dass er sich ein „robustes Immunsystem gegen die Attacken der organisierten Einzelinteressen“ zu legen werde, um eine zu-

kunftsfähige Haushalts- und Finanzpolitik betreiben zu können.

Auch die Vorsitzenden der Bundestagsfraktionen von CDU und SPD, Volker Kauder und Peter Struck, wollen für die geplante Gesundheitsreform in dieser Legislaturperiode zunächst vertraulich und „im kleinen Kreis“ nach Lösungen suchen, damit die Lobbyisten die Entwürfe nicht torpedieren können.

Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, hat Ende Februar generell vor dem Bedeutungsverlust der Parlamente zu Gunsten der Lobbyisten gewarnt. Der wachsende Einfluss außerparlamentarischer Gesprächsrunden sei bedenklich. Er befürwortet zwar grundsätzlich, dass sich die Politik um externen Sachverstand bemüht. Aber das parlamentarisch-demokratische Verfahren darf nicht umgangen werden: Außerparlamentarische Gremien dürfen keine Vorentscheidungen treffen, die vom Bundestag oder

den Landtagen nur noch formell bestätigt – mit anderen Worten „abgenickt“ – werden.

Lockmittel der Lobbys: Information

Trotz der Versuche und Aufrufe zu mehr Distanz gegenüber den Einzelinteressen, trotz des häufig geäußerten Unmuts und des generellen Unbehagens über die Arbeit der Lobbyisten hält die Politik unentwegt Kontakt zu ihnen.

Was Lobbys für Ministerialbürokratie und Politiker so interessant macht, ist die fachliche Kompetenz der Interessengruppen: Abgeordnete, Staatssekretäre und Minister sind selten mit allen Facetten eines Themas vertraut. Auf Grund immer komplexerer Sachverhalte ist es daher für viele Politiker unverzichtbar, sich zur Einschätzung aller Folgen eines bestimmten Gesetzesvorhabens bei der entsprechenden Lobby Informationen zu beschaffen. Die Verantwortung für die Entscheidung tragen jedoch die Politiker.

In der Praxis ist es jedoch so: Je größer und mächtiger die Lobby ist, umso eher wird sie ihre Sicht der Dinge durchsetzen. Große Gruppen haben dadurch einen Vorteil gegenüber kleineren. Hinzu kommt, dass jedes Entgegenkommen neue Ansprüche schafft: Wenn einer etwas bekommt, kann jeder andere auf „Gleichbehandlung“ pochen.

Gruppeninteresse kontra Gemeinwohl

Politiker sind, anders als Lobbyisten, dem Gemeinwohl verpflichtet. Interessenunab-

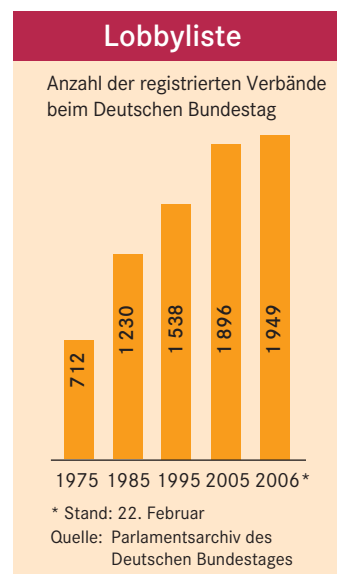
„Gerade die Industriegesellschaft braucht einen starken Staat. Je größer der Druck der Verbände und Gruppen auf die Politik, je ungehemmter der Egoismus von Teilgewalten sich entfesselt, umso entschiedener ist es allen verantwortlichen Kräften – und in besonderem Maße der Bundesregierung – aufzugeben, für die Respektierung des Gemeinwohls zu sorgen.“

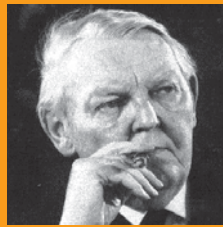
Ludwig Erhard 1963

hängigkeit ist deshalb für Politiker unabdingbar. Ludwig Erhard hat es als natürlich angesehen, dass jeder seine Interessen vertritt. Aber dem wachsenden Einfluss dieser Interessen auf die Politik stand er sehr skeptisch gegenüber. Er forderte: „Die Funktionäre, die Organisationen und Interessenvertretungen haben sich dessen bewusst zu sein, dass sie sich in ein Ganzes einordnen müssen und die Rechnung nicht aufgeht, wenn jeder ohne Rücksicht auf den anderen oder seine Umwelt glaubt, unter Inanspruchnahme von Macht jeweils das erringen zu können, was der Augenblick hergibt.“ Für ihn war unzweifelhaft: Interessengruppen sollen gehört werden, aber sie dürfen nicht regieren.

Diese Maxime ist nicht schon dadurch erfüllt, dass „Transparenz“ geschaffen und dokumentiert wird, wer mit wem zusammen arbeitet.

www.bundestag.de/bic/archiv/sachgeb/lobbyliste/lobbylisteaktuell.pdf





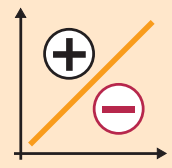
„Auch nur eine leicht inflationäre Entwicklung ist so etwas wie eine entschädigungslose Enteignung zugunsten der öffentlichen Hand.“

Ludwig Erhard

IM KLARTEXT

März 2006

INDEX




Die Soziale Marktwirtschaft im März 2006

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung 
Die Februar-Statistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) weist knapp 5,048 Millionen Arbeitslose aus, 36 000 mehr als im Vormonat. Saisonbedingt steigt die Zahl der Arbeitslosen im Winter regelmäßig, da es in einigen Branchen – zum Beispiel am Bau und im Gastronomiegewerbe – weniger Arbeit gibt.

Die jahreszeitlich übliche Entwicklung ändere „nichts an unserer optimistischen Grundeinschätzung der aktuellen Arbeitsmarktsituation“, sagt Frank Weise, Vorstandsvorsit-

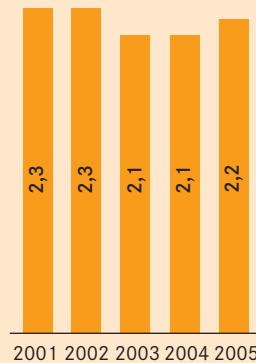
zender der Bundesagentur. Sein Optimismus ist berechtigt: Immerhin waren in diesem Februar rund 180 000 Menschen weniger arbeitslos als im Februar vor einem Jahr.

Geldwertstabilität 
Die Kaufkraft der europäischen Währung ist in den sieben Jahren seit Bestehen der Europäischen Währungsunion gesunken. 1 000 € aus den Anfangstagen hatten zu Jahresbeginn 2006 nur noch eine Kaufkraft von 840 €. Die jährliche Inflationsrate lag im Durchschnitt der sieben Jahre bei zwei Prozent. Bis zu diesem Wert spricht die Europäische Zentralbank (EZB) von einer stabilen Währung. Dennoch summiert sich der Kaufkraftverlust auch bei geringer Inflationsrate über die Jahre.

Mit dem Wertverlust stehen die Euro-Länder im Vergleich zu anderen Industriestaaten weder besonders gut noch besonders schlecht da: Der amerikanische Dollar verlor im selben Zeitraum rund 20 Prozent an Wert, das britische Pfund büßte „lediglich“ zehn Prozent ein.

Inflation

Jahresrate im Euro-Raum in Prozent

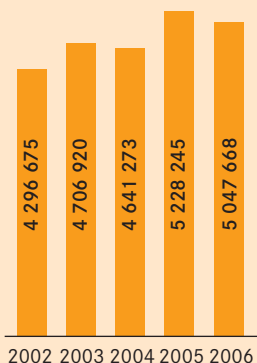


Quelle: Eurostat/EZB

sen kann und immer den durchschnittlichen Beitrag in die Rentenkasse gezahlt hat.

Die durchschnittliche Rente beträgt laut Statistischem Bundesamt für einen Angestellten in den alten Bundesländern 812 €, in den neuen Bundesländern 860 €. Ein Arbeiter bekommt im Westen durchschnittlich 598 € und im Osten 730 € Rente. Ohne private Vorsorge dürfte es für viele im Alter schwierig werden, den gewohnten Lebensstandard beizubehalten.

Arbeitslose



jeweils Februar
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Rentensteigerung

Renten Anpassung in Prozent

	alte Bundesländer	neue Bundesländer
--	-------------------	-------------------

1996	0,95	1,21
1997	1,65	5,55
1998	0,44	0,89
1999	1,34	2,79
2000	0,60	0,60
2001	1,91	2,11
2002	2,16	2,89
2003	1,04	1,19
2004	-	-
2005	-	-
2006	-	-

Anpassungen jeweils im Juli
Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture alliance / dpa
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard